

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

13. Sitzung

Finanzausschuss

29. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. November 2000, 9:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jürgen Feddersen (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über die Tourismus Agentur Schleswig-Holstein - Wirtschafts- und Marketingplan 2001	6
2. Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen bezüglich der neuen BSE-Vorkommnisse	11
3. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende des Agrarausschusses, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 9:07 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über die Tourismus Agentur Schleswig-Holstein
- Wirtschafts- und Marketingplan 2001**

hierzu: Umdrucke 15/272, 15/275 und 15/474

In Ergänzung zum Bericht des MLR über die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur im Tourismus Schleswig-Holstein, Umdruck 15/474, gibt St Rüdiger von Plüskow folgende Erläuterungen. Der am Vortage stattgefundenen erste Tourismustag Schleswig-Holstein 2000 habe ein begrüßenswertes Echo gefunden und eine erfreuliche Aufbruchstimmung gezeigt. Die politisch Verantwortlichen sollten nun die Chance nutzen und sich in diesem Aufbruch auch mit nach vorn bewegen.

Folgende Verfahrensschritte begleiteten den Umbruch.

1. der stufenweise Rückzug des Tourismusverbandes aus den Marketingaktivitäten mit einem gleitenden Übergang auf die TASH bis zum Ende des Jahres 2000. An dieser Stelle wolle er, St von Plüskow, allen Beteiligten und Betroffenen seinen Dank sagen für ihre Aktivitäten sowie für das Zurückstellen von früher vorhandenen gewissen Egoismen, die zu der nun zu bewältigenden schwierigen Lage beigetragen hätten.
2. Die anfallenden Überleitungsarbeiten würden von Herrn Michael Zeinert als Interimsgeschäftsführer neben Frau Katja Oldenburg wahrgenommen.
3. Am 1. März 2001 werde nach entsprechender Wahl der endgültige Geschäftsführer seinen Dienst antreten. Er, St Rüdiger von Plüskow, sei sicher, dass dieser Geschäftsführer die in der heutigen KN zu lesenden Vorschusslorbeeren auch verdienen werde.
4. Eine Stellenausschreibung für drei Mitarbeiterstellen liege an.

5. Die Umsetzung des Konzepts werde von Herrn Dirk Schmücker von der projekt m Marketingberatung begleitet.
6. Es werde eine Workshop zur Organisation der Tourismuswirtschaft im Binnenland geben, der am 05.12.2000 beginnen solle.
7. Es werde um die Erarbeitung des Marketing- und des Wirtschaftsplanes 2001 gehen.

Sodann erläutert Herr Dirk Schmücker von der projekt m Marketingberatung den Abschlussbericht zur Neuorganisation des Tourismusmarketing in Schleswig-Holstein, Umdruck 15/275. Er unterstreicht, dass dieser Marketingplan wie jeder andere auch unter einem gewissen Vorbehalt stehe. In diesem Falle gehe es um den Vorbehalt, dass erst am 1. März der neue Geschäftsführer seinen Dienst antreten werde. Gleichzeitig betont Herr Schmücker, dass die TASH nicht nur eine Umsetzungsagentur von Schlüsselprojekten, sondern vielmehr deren Speerspitze sein solle. Er nennt als besonders zukunftssträchtige Sparten im Themen- und Zielgruppenbereich unter anderem die Gesundheits- und Wellnessaspekte, jüngere Menschen als neue Zielgruppe, Incentive-Veranstaltungen und den Freizeitgolfmarkt, bei dem sich Schleswig-Holstein im nationalen Vergleich durchaus noch profilieren könne.

Anschließend erläuterte Geschäftsführer Michael Zeinert den Wirtschaftsplan, als dessen Grundlage er den Marketingplan bezeichnet. Er betont abschließend, dass die Zustimmung der Gremien der Gesellschaft zum Wirtschafts- und zum Marketingplan inzwischen vorliege.

In der sich anschließenden Diskussion interessiert sich Abg. Hermann Benker zunächst für die perspektivischen Möglichkeiten des Zurückfahrens des Landeszuschusses. Geschäftsführer Michael Zeinert spricht von landesweitem Tourismusmarketing als einem „dauerhaften Zuschussbetrieb“. Denn man habe es hier mit einem Markt zu tun, in welchem die Angebotslandschaft sehr kleingliedrig strukturiert sei und wo sich die einzelnen Anbieter niemals zusammenfinden könnten, um in großem Umfang die benötigten Marketingmittel bereitzustellen. Deshalb gingen alle Bundesländer stärker dazu über, ihr landesweites Tourismusmarketing aus Landesmitteln zu unterstützen, wie es in Schleswig-Holstein im Grunde ja schon seit Jahrzehnten geschehe. Die Bundesländer stellten hierfür ganz unterschiedliche Beträge zur Verfügung. Schleswig-Holstein liege mit seinen zirka 3 Millionen DM bezogen auf die Wirtschaftlichkeit des Landes nicht an der Spitze. Insgesamt müsse davon ausgegangen werden, dass auch in Zukunft ein Mittelansatz in dieser Größenordnung notwendig sein werde, auch wenn man versuchen werde, zusätzliche Mittel aus den regionalen Tourismusmarketingorganisationen sowie in Kooperation mit externen größeren Reiseveranstaltern zu gewinnen, mit denen dann versucht werden müsse, den Marketingdruck Schleswig-Holsteins zu erhöhen.

Im Großen und Ganzen, so beendet Geschäftsführer Michael Zeinert seine Ausführungen, sei die Summe von zirka 3 Millionen DM nicht allzu hoch im Vergleich auch beispielsweise zu Irland, das allein in Deutschland 21 Millionen DM in die Tourismuswerbung stecke.

St Rüdiger von Plüskow warnt davor, den Start einer neuen Organisation, wie die TSAH sie darstelle, bereits von vornherein mit Überlegungen zum Zurückfahren der Zuschüsse zu belasten.

Mit Hinweis auf den Willen zur Gemeinsamkeit und auf die neue Aufbruchstimmung, die sich auf dem ersten Tourismustag Schleswig-Holstein gezeigt habe, einer Gemeinschaftsveranstaltung, die von IHK, DEHOGA, TAG und Tourismusverband am 22.11.2000 in Schleswig durchgeführt worden sei, bezeichnet Abg. Heinz Maurus den vorgelegten Marketingplan als unzureichend. Dieser Plan bedürfe noch einer sehr intensiven Nacharbeitung in Bezug auf die konkreten Maßnahmen. Deshalb sollte dem Ausschuss zu gegebener Zeit ein solcher konkretisierter Marketingplan mit konkretisierten Marketingmaßnahmen vorgelegt werden, damit sich die zuständigen Ausschüsse ein Bild darüber machen könnten, wie die angepeilten Ziele und die skizzierten Strategien auch tatsächlich Wirklichkeit werden könnten.

Außerdem mahnt Abg. Heinz Maurus ein ressortübergreifendes Zusammenwirken bei der Zurverfügungstellung entsprechender Marketingmittel für Schleswig-Holstein an, um nicht nur das touristische Image Schleswig-Holsteins, sondern auch das Image des Landes als wirtschaftlicher Standort zu stärken.

Abg. Wolfgang Fuß hält angesichts der - so wörtlich - „Rekord verdächtig erscheinenden Personalkostenanteile an den Einnahmen im positiven Sinne“ ein stärkeres Controlling für notwendig. Hauptgeschäftsführer Peter M. Stein betont, dass er als Aufsichtsratsmitglied der künftigen TASH für ein zeitnahes und die Arbeit begleitendes Controlling eintreten werde. Außerdem sollte nicht unbeachtet bleiben, dass die im Investitionsplan der TASH vorgesehenen Gelder für eine entsprechende Controllingsoftware immerhin 2 Millionen DM betragen.

Abg. Günter Neugebauer zeigt sich überrascht von der Änderung der Gesellschafterverhältnisse in der zukünftigen TASH und will im Marketingplan sichergestellt wissen, dass die öffentlichen Mittel ausschließlich für die überregionale Präsentation des Landes ausgegeben und nicht für die Regionalwerbung verwendet werden, für die auch bisher schon die Regionalverbände hätten aufkommen müssen.

Hauptgeschäftsführer Peter M. Stein sieht in der 50:50 Beteiligung die bestmögliche partnerschaftliche Zusammenarbeit garantiert. Das habe sich bereits in den Gesprächen und Diskussionen während der Tourismustagung 2000 in Schleswig herausgestellt.

Herr Michael Zeinert fügt an, dass das touristische Angebot in Schleswig-Holstein aus einer Fülle regional verwurzelter Angebote bestehe, was es etwas schwer mache, die Mittel exakt zu trennen. Schleswig-Holsteins Angebotsreichtum setzt sich eben aus regionalen Angeboten zusammen. Dennoch wolle man den Versuch dahin unternehmen, ein themen- und zielgruppenorientiertes Marketing zu planen. Das aber seien Überlegungen, die für alle Regionen des Landes zuträfen und die auch Kernpunkt des Landesmarketings sein sollen.

Abg. Hans-Jörn Arp moniert den von den Regierungsfractionen angedachten Sperrvermerk und drückt seine Vermutung darüber aus, dass das Land möglicherweise bei dem diskutierten Zusammengehen mit großen Reiseorganisationen wie TUI oder anderen im Rahmen der Vermarktung einen Rückzug aus seinem Programm des sanften Tourismus nicht werde verhindern können. Er persönlich begrüße eine solche Zusammenarbeit mit großen Reiseunternehmen, denn für ihn sei es das Wichtigste, eine möglichst große Bettenauslastung zu haben. Außerdem sei es ihm wichtig, auch den Tourismus im Binnenland nicht aus dem Auge zu verlieren.

Als Vorsitzende des Finanzausschusses erklärt Abg. Ursula Kähler, dass sich der Finanzausschuss vorbehalte, die Arbeit der neuen TASH sehr sorgfältig zu begleiten, um aus dem Ergebnis der Arbeit dann weitere finanzwirksame Entscheidungen zu treffen.

Abg. Monika Heinold glaubt eine gewisse Herausforderung für den neuen Geschäftsführer darin zu erkennen, bis zur Jahresmitte ein konkretisiertes Marketingkonzept vorlegen zu können, das die Zuschussmittel rechtfertige.

Geschäftsführer Michael Zeinert geht davon aus, dass unter der neuen Geschäftsführung der Geschäfts- und der Marketingplan der TASH im kommenden Wirtschaftsjahr laufend weiter konkretisiert werden. Im Augenblick könne noch nichts Konkretes gesagt werden; denn für konkrete Aussagen sei die Gesellschaft einfach noch nicht „reif“.

St Rüdiger von Plüskow zeigt sich erfreut über die positive Grundstimmung für die neue TASH und betont ausdrücklich, dass von niemandem die Weiterführung des sanften Tourismuskonzeptes infrage gestellt werde. Gleichzeitig aber müsse jedes Modell den jeweiligen Anforderungen der Zeit angepasst und es müsse der Weiterentwicklung im Lande Rechnung

getragen werden. Dies bedeute jedoch keinesfalls eine Abkehr von Konzept des sanften Tourismus, wie Abg. Arp es zu befürchten scheine.

Die weitere Diskussion dreht sich dann um die Finanzierung der TASH, die finanzielle Beteiligung der Regionalverbände an der überregionalen Werbung für das Land Schleswig-Holstein, eine mögliche Aufhebung des angedachten Sperrvermerks und damit verbunden die künftige Finanzbeteiligung des Landes sowie die Sicherstellung der Forderung von Abg. Neugebauer, dass die Mittel des Landes nicht für die Regionalwerbung verwendet werden dürfen, sondern ausschließlich für die Landeswerbung. Zur letzteren Problematik verweist St Rüdiger von Plüskow auf den entsprechenden Zuwendungsbescheid, der die einzelnen Konditionen deutlich formulieren werde.

Von MR Rainer Helle kommt die Information, dass am 05.12.2000 ein gemeinsames Gespräch aller Verbände stattfinden werde, um die Frage zu erörtern, wie die zukünftige Organisation der TASH aussehen könnte. Dabei solle auch sichergestellt werden, dass das Binnenland in der TASH vertreten sein werde, wie Abg. Arp es gefordert habe.

Geschäftsführer Peter M. Stein spricht sich gegen den angekündigten Sperrvermerk mit dem Hinweis aus, dass dadurch dem neuen Geschäftsführer die von diesem benötigte Planungssicherheit beschnitten wurde. Es werde vermutlich sehr schwer sein, schon nach einem halben Jahr Geschäftsführertätigkeit die Realisierung des neuen Konzepts vollständig darzustellen. Er bitte deshalb um einen gewissen Vertrauensvorschuss, der sich aus seiner Sicht mit dem positiven Umdenken auf dem ersten Tourismustag begründen lasse.

Diese Bitte wird von Abg. Hans-Jörn Arp unterstützt, der in dem angedachten Sperrvermerk Misstrauenssignale gegenüber der neuen TASH sieht.

Abg. Heinz Maurus hält an seiner Forderung fest, die Mittel aller an der Imagewerbung des Landes beteiligten Ressorts besser zu bündeln. Abg. Rainer Steenblock schlägt angesichts der fortgeschrittenen Zeit eine Stellungnahme zu dieser Thematik in schriftlicher Form vor.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass das Thema Tourismus vom federführenden Agrarausschuss noch des Öfteren werde behandelt werden müssen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen bezüglich der neuen BSE-Vorkommnisse

St Rüdiger von Plüskow trägt zunächst die Beratungsergebnisse der EU-Mitgliedsstaaten bezüglich der vorzunehmenden Maßnahmen vor und gibt sodann folgende Bewertung ab. Schleswig-Holstein habe immer dafür plädiert, angesichts des bestehenden Chaos an Auffassungen und Vorschriften die Verfütterung von Tiermehl in der ganzen EU verbieten zu lassen, weil in einem gemeinsamen Binnenmarkt ein Einzelner nicht erfolgreich sein könne. Das schließe natürlich nicht die Durchführung flächendeckender Schnelltests aus. In beiden Punkten strebe Schleswig-Holstein seit langem eine Vorreiterrolle an. Bereits M Hans Wiesen habe vor zehn Jahren ein generelles Verbot der Verfütterung von Tiermehl gefordert. Er, St Rüdiger von Plüskow, halte das auch heute noch für eine sehr gute Idee.

An dieser Stelle wolle er deutlich machen, dass die Vorschläge aus Brüssel nicht ausreichen und dass Schleswig-Holstein versuchen werde, sich auf Landesebene noch stärker als bisher zu engagieren. Dazu gehöre unter anderem auch der Versuch, mit allen Beteiligten zu freiwilligen Vereinbarungen über das Verbot der Tiermehlfütterung zu kommen, wie es bereits von vielen Landwirten im Lande praktiziert werde. Letzten Endes gehe es dabei auch um eine finanzielle Unterstützung durch die EU und den Bund, da diese als Mitverursacher der ganzen Misere angesehen werden müssten, nicht aber der einzelne Landwirt.

MR Dr. Eckart Best fügt ergänzend hinzu, dass die Entscheidungen der EU dankenswerterweise mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet worden seien. Das reiche allerdings noch nicht aus, um das Vertrauen des Verbrauchers wieder voll zu gewinnen.

Der EU-Beschluss selbst sei unter zwei Aspekten zu betrachten: Erstens seien Maßnahmen epidemiologischer Art beschlossen worden, um festzustellen, wie weit BSE verbreitet sei und zweitens gehe es um Maßnahmen, die dazu beitragen, das Vertrauen des Verbrauchers zurückzugewinnen.

Nach einem kurzen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung von BSE aus dem Ursprungsland England durch die Verfütterung von verseuchtem Tiermehl spricht MR Dr. Eckart Best sodann davon, dass auch für Schleswig-Holstein nicht auszuschließen sei, dass Tiere durch die Fütterung von ausländischem Tiermehl BSE-infiziert seien, wenn auch

nur in geringem Umfang; dass dieser Umfang nicht allzu groß sein könne, sei der Tatsache zu entnehmen, dass man mit den heutigen diagnostischen Verfahren schon mehr BSE-Fälle hätte feststellen können, falls solche Fälle im Lande vorhanden gewesen wären. Er wolle in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass in Schleswig-Holstein bereits seit 1993 alle Rinder, die zentral-nervöse Erscheinungen zeigten, auf BSE untersucht würden. Außerdem habe Schleswig-Holstein als erstes Bundesland alle aus England kommenden Tiere nach deren Verenden auf BSE untersucht. Dies seien in der Vergangenheit zirka 1.000 Untersuchungen gewesen. Man habe in keinem einzigen Fall BSE nachweisen können. Diese Untersuchungen seien stets mit einem sehr aufwendigen Untersuchungsverfahren in einer Einzeltieruntersuchung erfolgt. Das heute praktizierte BSE-Schnelltestverfahren dagegen ermögliche es, solche Untersuchungen in größerem Umfang vorzunehmen. Deshalb habe die EU nun auch beschlossen, dieses sogenannte BSE-Monitoring auch auf die Risikogruppen der Tiere auszudehnen, die möglicherweise BSE noch im versteckten Stadium hätten. Darunter fielen alle über 30 Monate alten Rinder, die in den landwirtschaftlichen Betrieben verendeten beziehungsweise als Notschlachtungen zum Schlachthof gebracht würden und deren Krankheitsursache nicht genau zu bestimmen gewesen sei. Diese Untersuchungen sollten schnellstmöglich aufgenommen werden, sobald die Laborkapazitäten vorlägen. Für Schleswig-Holstein bedeute das rund 15.000 bis 17.000 Untersuchungen pro Jahr. Hinzu kämen dann noch die Untersuchungen aus den rund 2.500 Notschlachtungen.

In der sich anschließenden Diskussion tritt Abg. Peter-Jensen Nissen dafür ein, auch die Verwertung des anfallenden Tiermehls zu problematisieren und die dadurch anfallenden Kosten im Blick zu haben. Des Weiteren interessiert er sich für die Sicherheit der Schnelltests.

Abg. Rainer Steenblock stellt grundsätzliche Übereinstimmung über die Richtigkeit der vorgetragenen Maßnahmen fest und setzt sich insbesondere für die Ausweitung der Tests auch an gesunden Tieren ein. Die Ausweitung, wie sie in Frankreich vorgenommen worden sei, habe gezeigt, dass es mehr kranke Rinder gebe, als man vermutet habe.

Des Weiteren interessiert sich Abg. Rainer Steenblock für die Gefahr des Rückübertragens des BSE-Erregers auf Schafe.

MR Dr. Eckart Best verweist darauf, dass die Untersuchung aller auch gesunden über 30 Monate alten Schlachtrinder zum 1. Juli 2001 beschlossen worden sei. Zu bedenken sei, dass man in Schleswig-Holstein von rund 120.000 bis 160.000 Normalschlachtungen in dieser Altersgruppe auszugehen habe. Diese enormen Zahlen brächten sicherlich hohe Kosten mit sich.

Im Weiteren referiert MR Dr. Eckart Best über die Sicherheit der Tests. Er betont, dass keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlägen, ab welchem Zeitpunkt innerhalb der durchschnittlichen Inkubationszeit von zirka fünf Jahren beim Rind infizierte Rinder mit Sicherheit durch das vorgesehene Testergebnis erkannt werden könnten. Proben mit negativen Testergebnissen könnten demzufolge nicht die Freiheit von BSE-Infektionen garantieren, da die Menge der Erreger in diesen Fällen durchaus unter der Nachweisgrenze liegen könne. Das alles wisse man aber nicht so genau. Wenn nun gefordert werde, alle Tiere zu untersuchen, was aus Gründen des Verbrauchervertrauens und des Verbraucherschutzes durchaus verständlich sei, müsse man eben auch so ehrlich sein zu sagen, dass etwa 60% aller in Deutschland geschlachteten Rinder unter 30 Monate alt seien.

Der Anteil der BSE-Erkrankungen in Großbritannien, so fährt Dr. Eckart Best fort, wo nun wirklich die Krankheit stark verbreitet sei, habe in dieser Altersgruppe unter 0,25 Prozent gelegen. Deshalb sei in England die Regelung getroffen worden, alle über 30 Jahre alten Tiere überhaupt nicht mehr in die Lebensmittelkette hineinzugeben, sondern diese Tiere zu vernichten. Als Folge daraus seien dann nur noch alle jüngeren Tiere zu untersuchen gewesen, wobei hier nur eine ganz geringe Inzidenz von BSE nachzuweisen sei.

Durch den Beschluss der EU, alle über 30 Jahre alten Tiere zu testen, werde es zu einem Untersuchungsergebnis kommen, das aussagekräftiger sein werde, und das sicherlich eine spätere Überlegung über eine Neuregelung der Tests zur Folge haben werde.

Bezüglich der Frage nach der Rückübertragungsmöglichkeit auf die Schafe verweist MR Dr. Eckart Best auf die Forderung Schleswig-Holsteins an den Bundeslandwirtschaftsminister, sich dafür einzusetzen, kein Schafsfleisch aus England in die anderen Mitgliedsstaaten zu verbringen. Dieser Forderung basiere auf der Überlegung, dass man bisher immer davon ausgegangen sei, dass die Schafe nur an der Traberkrankheit erkrankten, die unter Umständen Ausgangspunkt der BSE beim Rind sein könnte, die aber nicht auf den Menschen übertragbar sei, denn die Traberkrankheit sei zwar seit Jahrhunderten bekannt, aber es gebe bisher keine Kenntnisse über die Übertragbarkeit auf den Menschen. Wenn man nun aber wisse, dass auch die Schafe BSE haben könnten, die genauso aussehe wie die Scrapie-Krankheit, nur dass die Prionen etwas anders seien, dann sei die Forderung Schleswig-Holsteins nach einem Exportverbot sicherlich gerechtfertigt. Denn im Grunde wisse man nicht so genau, ob die an der Traberkrankheit erkrankten Schafe nicht in Wirklichkeit an BSE erkrankt seien. Es gelte also, über die Forderung Schleswig-Holsteins nach einem Exportverbot von Schafen aus England künftig ebenfalls zu entscheiden.

Im Weiteren referiert MR Dr. Eckart Best über seine aufgrund der Erfahrungen gebildete Meinung, dass man bei aller Gewissheit, dass das schleswig-holsteinische Tiermehl sicher sei, von der Verfütterung von Tiermehl gänzlich werde abkommen müssen und dass man neue Verwendungsmöglichkeiten für das Tiermehl finden müsse, um das Vertrauen des Verbrauchers wieder zu gewinnen. Über die neuen Verwertungsmöglichkeiten auch im energetischen Bereich gebe es durchaus auch schon ernsthafte Gespräche mit den zuständigen Unternehmern im Lande. Darüber könne bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss berichtet werden.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, dankt für die umfassende Information des Ausschusses und zieht das Fazit aus der Diskussion, dass die Informationen wichtig für die Diskussion vor Ort seien.

Darüber hinaus schlägt der Vorsitzende eine weitere Sitzung zu der Thematik vor, da es für die Abdeckereien im Land zurzeit keine vertraglich befriedigende Regelung über die weitere Behandlung des Tiermehls gebe. Deshalb müsse vermutlich im Dezember im Landtag eine vertragliche Neuregelung in Form der Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz erarbeitet werden. Um für diese Diskussion informiert zu sein, schlage er deshalb eine weitere Ausschusssitzung vor der Plenartagung vor.

Der Ausschuss einigt sich nach kurzer Termindiskussion auf eine Sitzung am Mittwoch, dem 6. Dezember 2000, um 12:30 Uhr, da die für Donnerstag, den 7. Dezember, vorgesehene Sitzung wegen der Kammerhauptversammlung entfallen muss.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Terminplan für das erste Halbjahr 2001

Die Termine werden mit Wegfall des Termins Donnerstag, 17. Mai 2001, gebilligt.

Wegen der Kammerhauptversammlung am 07.12.2000 wird die für diesen Tag vorgesehene Sitzung auf Mittwoch, 06.12.2000, 12:30 Uhr, vorverlegt. Dabei soll auch über die Notwendigkeit einer eventuellen Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz unterrichtet werden. Die Problematik BSE bleibt auf der Tagesordnung.

Der Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Umweltausschuss zum Thema „Kormoranfraßschäden“ - Schreiben der CDU-Fraktion vom 20. Oktober 2000 - am Mittwoch, dem 7. Februar 2001, 14:00 Uhr, wird gebilligt.

Noch nicht festgelegt wird ein Termin zur Wahrnehmung der Einladung zum Besuch der Fachhochschule, Fachbereich Landbau (Schreiben der Fachhochschule vom 19. September 2000).

b) Programm für die Grüne Woche 2001 in Berlin

Folgendes Programm wird angedacht:

Freitag, 19.01.2001, Anreise nach Berlin, 21:00 Uhr, CMA-Empfang in der Halle 20 des Berliner Ausstellungsgeländes.

Samstag, 20.01.2001, 10:00 Uhr, Besuch schleswig-holsteinischer Vermarkter landwirtschaftlicher Produkte im Handelsunternehmen GK Großkauf.

15:00 Uhr, Sitzung im Hotel „Steigenberger“, Berlin, mit einem Erfahrungsaustausch über die Absatzförderungsmaßnahmen und die zentral-regionalen Marketingaktivitäten der LK im ernährungswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereich.

Sonntag, 21.02.2001, 10:00 Uhr, Besuch der Bund-Länder-Schau mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein, anschließend Messerundgang.

20:00 Uhr, Teilnahme an der Veranstaltung des Bauernverbandes im Hotel Steigenberger.

Montag, 22.01.2001, Rückreise.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin